

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verleger: Auer Verlagsgesellschaft
Herausgeber: Auer Verlagsgesellschaft
Redaktion: Auer Verlagsgesellschaft
Druck: Auer Verlagsgesellschaft

Nr. 249.

Dienstag, den 26. Oktober 1920.

15. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Der Reichsrat hat eine Verordnung angenommen, welche die Zuständigkeitsgrenze der Gewerbeämter und der Kaufmannsgerichte von 15 000 auf 25 000 Mark erhöht. Ferner wurde einem neuen Protokoll für das Rechnungsjahr 1920, das die Monate November und Dezember umfaßt, zugestimmt.

Der Hofkammerrat legt die Verhandlung des Danziger Abkommens fort. Er nahm Kenntnis von der Weigerung der Danziger Delegierten zur Verständigung die Hand zu bieten und den ursprünglichen Entwurf abzuändern.

Die deutsche Note gegen die neue Viehforderung der Entente ist nach Paris abgegangen. Die Reichsregierung weist auf die Unmöglichkeit hin, diese Forderung auch nur teilweise erfüllen zu können.

Die englische Bergarbeiterbewegung hat auch auf Frankreich übergegriffen. Die französischen Bergarbeiter verlangen das fünffache des Friedenslohnes und fordern Antwort bis zum 30. Oktober.

Nach einer Weisung der Agence Havas ist der Abzug von Griechenland gestoppt.

Autonomie auch für Ostpreußen?

Noch ist die Autonomie Ostpreußens Gegenstand allgemeiner politischer Sorge und schon meißelt sich ein neues Problem: das ostpreußische. Aus Königsberg rückt dieser Tage eine Abordnung ostpreußischer Verfassungskomitee ein, um mit den Reichsbehörden und der preussischen Regierung zu verhandeln. Am Dienstag, 20. Oktober, findet die erste Sitzung in der Reichskanzlei statt. Die Konferenz ist die Frucht des Versuches des Reichspräsidenten und verschiedener Minister auf der Königsberger Wiese. Sie ist nicht ein Anfang, sondern eine Fortsetzung. Denn schon im März dieses Jahres fanden im preussischen Ministerium des Innern Verhandlungen zwischen den Vertretern ostpreußischer Wirtschaftsorganisationen und der Regierung statt, wobei das Verlangen der ostpreußischen Bevölkerung nach voller Verwaltungsautonomie vorgetragen und besprochen wurde. Die Insel Ostpreußen forderte politische Selbstständigkeit, und die Staatsregierung gab die Zusage, daß die Verwaltung der durch den Versailler Vertrag abgetrennten Provinz dezentralisiert werden müsse, damit das eingezogene Gebiet überhaupt noch gedeihen könne. Um den guten Willen zu zeigen, hat die Regierung in eine Art ostpreußischer Sondergesandtschaft eingewilligt. Seit einem halben Jahr wirkt in Berlin als Bevollmächtigter Ostpreußens Dr. Herbst bei den Reichs- und Staatsbehörden. Seine Aufgabe ist die Pflege enger Beziehungen zwischen der ostpreußischen Provinzialregierung und den Berliner Ministerien. Aber so eifrig und umsichtig auch dieser innerpolitische Vorkämpfer seines Amtes walte, es hat doch mancherlei Reibungen gegeben. Als Ursachen werden verschiedene Umstände genannt. Die eine Partei meint, es läge an den Vollmachten, die nicht genügend umgrenzt und ausgebaut seien. Die andere sagt, die Regierung gebe viel zu wenig auf die besonderen Bedürfnisse der abgetrennten Provinz ein. Es müsse etwas Durchgreifendes geschehen, sonst verflümmere das Land und die deutsche Zusammengehörigkeit leide. Also die Autonomie! Aber welche? Das von Berlin? Das von Preußen? Ein neuer Bundesstaat im Rahmen des Reiches? Oder gar ein Freistaat wie Danzig?

Die Angelegenheit erscheint weniger kritisch, wenn man die Denkschrift liest, die der Königsberger Oberpräsident mit dem Wunsch verfaßt hat, daß die Berliner Verhandlungen zugrunde gelegt werden. Die Denkschrift geht davon aus, daß die preussische Regierung immer noch auf dem Standpunkte stehe, sie dürfe die ostpreußischen Forderungen nicht erfüllen, weil dann auch andere Provinzen mit gleichartigen Wünschen kommen. Diese Besorgnis ist tatsächlich unangebracht, weil außer Schlesien keine Provinz mit so vielen guten Gründen auf die Notwendigkeit wirtschaftlicher Autonomie hinweisen kann, als gerade Ostpreußen. Der Fall des Rheinlandes liegt auf rein politischem Gebiet und ist mit dem ostpreußischen Problem nicht auf eine und dieselbe Stufe zu stellen. Der Oberpräsident in Königsberg hat also von seinem Standpunkt durchaus recht, wenn er an die Spitze seines Programms das Verlangen stellt, die Berliner Regierung möge sich binden lassen, daß sie die Sonderstellung Ostpreußens anerkenne und damit auch die Notwendigkeit besonderer Maßnahmen gebe. Die Maßnahmen werden im einzelnen Programmpunkten aufgeführt, und es geht daraus hervor, daß es sich um rein wirtschaftliche Dinge handelt. Schon der erste Punkt sagt das: Sicherung und Verbilligung der Lebensmittelversorgung für die ostpreußische Bevölkerung. Im zweiten Punkt werden die ostpreußischen Verkehrswege dargestellt und entwickelt, daß die Regierung so schnell als möglich für die Sicherstellung eines geordneten Verkehrs zwischen Ostpreußen

und dem Reich sorgen muß. Im dritten Punkt wird eine Herabsetzung der Land- und Wasserfrachten nach Ostpreußen verlangt, weil die ostpreußische Wirtschaft infolge der Transportschwierigkeiten, die sich aus seiner Abschirmung ergeben, gegenüber den anderen Reichsgebieten einer Liebertsteuerung ausgesetzt ist. Wertens wird eine Sonderregelung der Aus- und Einfuhrbestimmungen für Ostpreußen gefordert, weil der ostpreussische Außenhandel durch die Abhängigkeit von den Berliner Zentralstellen schon vielfach schwere Schädigungen erlitten mußte. Im letzten Teil wird dann die baldige Schaffung eines Provinzialwirtschaftsrates gewünscht, der die Arbeitsverhältnisse in Ostpreußen entsprechend der dortigen ökonomischen Lage regeln soll. Soweit könnte sich eigentlich die Auseinandersetzung zwischen der Provinz Ostpreußen und den obersten Stellen in der Stille eines Berliner Regierungszimmers abspielen. Die wirtschaftlichen Maßnahmen müssen aber schließlich eine politische Gestaltung finden, und dies geht eben sehr die Öffentlichkeit an, zumal auch internationale Fragen, nämlich die Handelspolitik, das Verhältnis zu Litauen usw. auf der Berliner Konferenz eine Rolle spielen werden. Man darf also erwarten, daß eine lange Geheimhaltung wie in der ober-schlesischen Frage, wo es aus gewissen Gründen immerhin notwendig erschien, bezüglich Ostpreußens unterbleibt.

Der Reichspräsident über die innere Lage.

Vorsitzender der Reichspräsidenten-Konferenz?

Der Präsident des Reichstages Lübe äußerte sich gegenüber dem Vertreter der Schweizerischen Tages-Anzeiger über die innere Lage in folgender Weise: Soweit sich heute die Lage übersehen läßt, ist vorläufig noch mit einem Fortbestand der bisherigen Regierungskoalition zu rechnen, die zwar keine absolute Mehrheit hinter sich hat, aber auf wohlwollende Duldung der Nachbarparteien rechnet. Eine Erweiterung nach rechts oder links erscheint auf absehbare Zeit ausgeschlossen. Eine Erweiterung nach rechts durch die Deutschnationalen Partei würde als ein Schritt zum Monarchismus gewertet werden und die ganze Arbeiterschaft, nicht nur die Handarbeiter, auf die Beine bringen. Zu schweren wirtschaftlichen Erschütterungen und politischen Zusammenstößen führen, welche unser Land, das ohnehin an einem finanziellen und wirtschaftlichen Abgrund einerschreitet, vollends ruinieren könnten. Auf jeden Fall würde der Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung unser Land zu einem Kampfgelände machen.

Aber auch nach links sind die Aussichten einer Erweiterung der Regierungsbasis nicht groß. Der Kasseler Parteitag der Sozialdemokraten hat ebenso wie schon vorher eine Anzahl sozialistischer Führer sich dahin entschieden, daß die Zeit für einen Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung noch nicht gekommen ist. Dieser Eintritt müßte so starke sozialistische demokratische und antimilitaristische Tendenzen zur Veranschaulichung haben, wie sie im Augenblick noch nicht gegeben sind. Die durch die Wahl geschwächten Sozialdemokraten würden einen gegen die alte Koalition noch verminderten Einfluß ausüben und nicht stark genug sein, um die Erwartungen der eigenen Parteimitglieder zu erfüllen und dem politischen und wirtschaftlichen Leben jenen Impuls zu geben, der zur Erneuerung nötig ist.

Wiel wird dabei von der weiteren Entwicklung der linken Gruppen des Parlaments abhängen. Es kann in Deutschland natürlich nicht dabei bleiben, daß vier verschiedene sozialistische Parteien nebeneinander arbeiten. Die beiden kommunistischen Richtungen werden sich bald verschmelzen, und die beiden sozialistischen dürften durch die Verhältnisse bald genötigt werden, gemeinsame Politik zu machen. Ist das erst einmal der Fall, dann kann das Gewicht der Sozialdemokratie wieder stärker in die Waagschale fallen. Aber diese ruhige Entwicklung erscheint durch zwei wirtschaftliche Faktoren gefährdet: gelingt es nicht, weiterer Arbeitslosigkeit und größerer Teuerung Einhalt zu gebieten, dann können verzweifelnde Massen die ruhige Entwicklung auf das schwerste bedrohen, und verliert Deutschland die Kohlenfluthe Oberschlesens, dann ist nicht nur der Lebensnerv unserer Wirtschaft getroffen, sondern auch die Erfüllung des Versailler Vertrages unmöglich, dann würde die Grundlage für einen Wiederaufbau Deutschlands zusammenbrechen.

Deutschlands Schicksal.

Leon Ricard veröffentlicht im Economiste Europeen einen Artikel, in dem er feststellt, daß Deutschland eine der traglichsten Phasen durchmache, die jemals ein Land gekannt habe. Die ephemere wirtschaftliche Prosperität, von der es nach dem Waffenstillstand Nutzen gezogen habe, habe ihm einen Augenblick seine kühnliche Lage verhehelt. Vor einigen Monaten sei plötzlich eine industrielle Krise eingetreten, die alle Karbonaten Menschen voraussehen hätten. Jetzt könne Deutschland sich und den anderen nicht mehr den Größt seiner Lage verbergen. Die Aufträge seien annulliert wor-

den, die Fabrikation stillgelegt und die Arbeitslosigkeit werde zu einer öffentlichen Katastrophe. Nur die Kohlenindustrie kenne noch ein wenig Prosperität, die andere Industrie triffe seit Monaten ein Schicksal. Der neue Sturz der Mark habe nicht die erwünschte Erhöhung des Exports gebracht. Deutschland könne nicht mehr kaufen und das Ausland wolle nicht mehr bei ihm kaufen.

Die Ernährungsfrage in der Volkskammer.

Auf der Tagesordnung der gestrigen Volkskammer-Sitzung stand zunächst die Aussprache über die Ernährungsfrage. Die Verhandlungen über die Ernährungsfrage sind am Donnerstag vergangener Woche vertagt worden waren. Zunächst spricht der Abg. Hellisch (Soz.). Er polemisiert gegen den Vorschlag der Landwirte und den freien Handel und tritt dafür ein, daß ein direkter Weg zwischen den Verbraucherorganisationen und den Erzeugern geschaffen wird und der Zwischenhandel ausgeschlossen werde. Weiter bekämpft er den Bodenvacher. Das Fleisch ist auch unerhört teuer. Der Quarkkäse in der Kartoffelversorgung sei geradezu vernichtet. Auf der einen Seite sei der Preis der Kartoffelverträge, wonach ein billiger Preis für die freien Kartoffeln möglich gemacht würde. Auf der anderen Seite können die Preisverbreiter mit den Kartoffeln. Die Verfestigung der Kartoffeln sei eine große Gefahr. Ob die Regierung sich die hohen Preise gefallen lassen könne und werde, sei sehr die Frage. Des weiteren geht Hellisch auf die Chemnitzer Kartoffelverhandlungen ein und zum Schluß kommt er auf verschiedene Akte der Selbsthilfe zu sprechen.

Abg. Ferndt (Dem.) hält den Preis von 40 Mark für den Zentner Kartoffeln für viel zu hoch. 10-12 Mark seien hinreichend nach Erklärungen von Sachverständigen. Eine Anzahl von Gemeinden hätten sich ohne Erfolg gegen die Vertragskartoffeln gewandt. Für zahllose Leute seien die Kartoffelpreise unerträglich. Redner geht dann noch auf die Deputatenschaft ein, die er als Quelle des Schlechthandels ansieht. Er spricht sich für eine stärkere Erfassung des Brotgetreides aus. Abg. Heitzner (Unabh.) weist darauf hin, daß der Bodenvacher gegen seine eigene Partei polemisiert habe, da er sich gegen die Aufhebung der Zwangswirtschaft erklärt hat. Das sei ein Beweis dafür, daß eine völlige Verwertung der Weizenlage getroffen habe. Der Erzeugerpreis für Kartoffeln sei mit 11 Mark zu veranschlagen für die heutige Ernte. Es gäbe Kartoffeln in Halle und Halle. Weiterhin spricht der Redner über die hohen Preise von Butter, Milch, Eiern und Fleisch und wirft der schließlichen Regierung vor, daß sie sich um nichts kümmerge. Die Schuld für die heutigen Zustände schiebt er der freien Wirtschaft zu, die Vergewaltigung sei ihr einziges Heilmittel.

Ministerpräsident Eick geht auf die Behauptung des Abg. Heitzner ein, daß große Mengen Kartoffeln den Brenneren abgegeben würden. Die Brenneren seien kontingentiert, und zwar sei das Kontingent auf ein Drittel herabgesetzt. Eine völlige Schließung der Brenneren sei unmöglich, da Spiritus ein notwendiges Gebrauchsmittel sei. Ebenso sei es mit den Stärkefabriken. Eine Umstellung der Landwirtschaft vom kapitalistischen in ein sozialistisches System bräute nicht mehr Nahrungsmittel. Er warnt vor allen Experimenten. Abg. Reichold (Deutschnat.): Die Ernte 1920 habe unter ungünstigen Verhältnissen stattgefunden und liege hinter der vorjährigen zurück. Die Stellung des Landwirtschafes hat große Unruhe unter den Landwirten hervorgerufen. Die Selbsthilfe sei eine große Gefahr für die Landwirtschaft. Der Redner geht dann auf die Teuerung für Düngemittel ein. Auch die Maul- und Klauenseuche habe eine schwere Schädigung der Fleischversorgung gebracht. Die Fleischpreise seien jetzt noch hoch, aber sie seien bereits im Sinken. Abg. Krause (Chemnitz (Soz.)) spricht über die Hinderpest und die Fleischpreise und polemisiert gegen die Abg. Reichold und Schmidt. Ministerialdirektor Dr. v. Döbeli wendet sich gegen die Behauptung des Abg. Reichold, die Regierung verheimliche die durch die Hinderpest geschaffenen Zustände und stellt fest, daß die Hinderpest in Sachsen nicht ausgetreten sei. Abg. Böhler (Dsch. Sp.) meint, daß nur die freie Wirtschaft billiger Preise bringen könne, da nur die Zwangswirtschaft Schuld an der Teuerung sei. Damit war die Aussprache erschöpft. Die Sitzung dauerte noch fort.

Wahlpläne der Volkskammer.

Die Volkskammer wird aller Wahrscheinlichkeit nach am Donnerstag ihre Tagung beschließen und dann auseinandergehen. Man will noch erleben: die Berufung der Volkskammer, die Vorlage über die Feuerbestattung, die Vermehrung der Landgendarmarie, die Beförderung der Tierärzte, die Bauten in Bad Elster, die Haushaltsanträge, Haushalt der industriellen Betriebe des Staates, Antrag über die Religionsunterricht. Heute wird mit der Beratung der Verfassung begonnen werden. Wenn die Vorlage über die technischen Einrichtungen von Bad Elster bis Donnerstag nicht erledigt werden sollte, so wird Freitag vormittag noch eine kurze Sitzung stattfinden.